

Probleme der Zukunft lassen sich nicht mit den Rezepten der Vergangenheit lösen. Da die „Probleme nicht innerhalb des geistigen Rahmens gelöst werden können, der sie erschaffen hat“ (Albert Einstein), sind die Abwasserzweckverbände ungeeignet, Bürger und Gemeinden aus der von der Zweckverbandsstruktur verursachten Krise zu führen. Unbelehrbar fahren Politiker, Beamte, Richter und Manager hartnäckig fort, die Probleme mit jenen Strategien zu lösen, die sie überhaupt hervorgebracht haben; - und fahren damit die Karre immer weiter in den Schlamm.

## **(Ab)Wasser, denk mal oder immer tiefer in die Finanzkrise**

Wachsenden Schulden stehen wachsende Vermögen gegenüber. Während diese elementare Tatsache ignoriert wird, wirkt dessen destruktive Dynamik weiter und lähmt die entscheidende Rolle der individuellen und gesellschaftlichen Moral und zerstört die Hoffnung auf die schrittweise Einsicht und damit Besserung der herrschenden beratungsresistenten Abwasserzweckverbandsorganisation. Ein Jahrzehnt Tagungen, Schriften, Eingaben und Proteste beweisen, dass selbst die besten Argumente für bewährte dezentrale Systeme zum Vorteil für Bürger, Kommunen, Land und Natur können die (Ab)wasserpolitische Wende für eine nachhaltige Wasserwirtschaft im Land nicht herbeiführen. Ein Desaster vor allem für die Entwicklung der jungen Demokratie in den neuen Bundesländern.

*“Gerade die Abwasserpolitik des Landes Brandenburg, für die Umweltminister Birthler die Verantwortung trägt, sorgt mit dafür, dass das Leben auf dem Lande kaum noch zu bezahlen ist. Die EU-Richtlinien, die Bundes- und Landesgesetze sind für den Bürger und die Umwelt durchaus brauchbar. Die Auslegung und Umsetzung auf der Ebene der Kommunen und Zweckverbände (Satzungen) ist gegen die BürgerInnen und erfolgt zum Vorteil der Abwasserlobby. Besonders auf dem Lande werden die BürgerInnen durch hohe Beiträge für die Erschließung bei Wasser und Abwasser und hohen laufenden Gebühren für die Wasserver- und Abwasserentsorgung zur Kasse gebeten. Alles geschieht unter dem Deckmantel „Zum Wohle der Allgemeinheit“ und der Umwelt. Die Umwelt geht im wahrsten Sinne des Wortes „den Bach runter“. Die Wasser- und Abwasserlobby und die Banken lachen sich ins Fäustchen und füllen sich die Taschen. ...”*

Aus einem Leserbrief von Anita Petri zu:

“Birthler: Armut bekämpfen”, MAZ 19.5.03

Die Auseinandersetzungen an der "Abwasserfront" haben gezeigt: Fördergelder sind anstatt in Zentralkläranlagen und Rohre gewinnbringender in den vorausschauenden unterstützenden Strukturwandel und in die Förderung von NGOs und Bürgerinitiativen investiert. Zumal diese Politik darüber hinaus die Chance in sich birgt, dass aus gelernten Untertanen selbstbewusste kreative Demokraten werden und nicht in dumpfen Rechtsradikalismus fallen, nach dem Motto: "eure" Demokratie taugt auch nichts.

### **Wasser ist ein Riesengeschäft: Brandenburgs Wasser im Zugriff der Konzerne**

Wasser wird zu einem der gewinnträchtigsten Rohstoffe des neuen Jahrtausends. Nachdem die Strom- und Gasmärkte weitgehend verteilt sind, liefern sich jetzt die Multis einen heißen Kampf um den Wassermarkt. Ohne Investitionen können die Probleme der globalen Wasserversorgung nicht gelöst werden. Die Exponenten des gierigen Privatkapitals - IWF und Weltbank - appellieren an bzw. pressen vor allem arme Länder, ihre Wasserversorgung in private Hand zu geben.

Die drei größten Global "Player" (englisch: Spieler) sind die französischen Konzerne Vivendi und Suez und seit kurzem die Essener RWE. Der Einsatz mit dem sie ein Milliardengeschäft an sich reißen lohnt sich. Trinkwasser ist ein knappes unentbehrliches Gut. Selbst die Ärmsten brauchen täglich mindestens 2 Liter Trinkwasser. Der weltweite Markt für Privatunternehmen auf dem Wassersektor wächst nach Ansicht von "Experten" von derzeit 90 Mrd Euro auf 450 Mrd Euro im Jahr 2010. Sichere Gewinne sind also gewiss.

Die Engländer waren Ende der achtziger Jahre die ersten, die ihre 3.500 lokalen Wasserversorger von nur 10 britischen Wasseranbietern privatisierten, begleitet von einer großangelegten Propagandakampagne. "Bessere Qualität, sinkende Preise, Rentabilität und Gesundheit durch Wettbewerb", waren Schlagworte, mit denen die Verbraucher wenn schon nicht friedlich gewonnen, so doch umgehauen wurden. Nur sechs Jahre später gestanden die Universitäten Manchester und Greenwich in Studien ein: Direktorengehälter und Verbraucherpreise waren um 50% gestiegen, der Börsenwert der Wasserkonzerne um 200%. 2 Millionen Menschen gerieten in Zahlungsverzug. Bei 12.500 Haushalten wurde in einem Jahr das Wasser abgestellt. Selbst für die "Financial Times" war die Wasserprivatisierung nun ein "Raubzug, legalisierter Überfall, Piraterie und lizenziertes Stehlen."

Trotzdem soll diese Methode nun auch bei uns um sich greifen. Noch ist in Deutschland, wie in den meisten europäischen Ländern, die Wasser-

wirtschaft bis auf wenige Ausnahmen in kommunaler bzw. staatlicher Hand. Doch dies soll sich durch Vorgaben der Politik bald ändern. Wirtschaftsministerium und Energielobby drängen. Sie stärken den deutschen Wasserkonzernen den Rücken auf dem Weltmarkt. Versorgungsleistungen aus anonymer Hand werden gerühmt: „Multi Utility - vom Kraftwerk bis zur Steckdose, vom Bohrloch bis zum Gasherd und von der Quelle bis zum Wasserhahn“. Mit ihren prall gefüllten „Kriegskassen“ aus ungebührlichen Monopolrenditen vereinnahmten die Stromkonzerne rigoros die Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft nun auch der EU-Beitrittsländer, der Länder, die im II. Weltkrieg von der Deutschen Wehrmacht überrollt wurden.

Manch finanzschwache Kommune und gebeutelte Landesregierung scheint froh zu sein, diese „Last“ angeblich profitabel vom Halse zu haben. Das überschuldete Berlin z.B. hat seine Wasserversorgung zu 49% an Vivendi, RWE-Aqua und die Münchner Allianz verkauft. In vielen ostdeutschen Städten fließt schon Wasser vom französischen Suezkonzern, während die französische Stadt Grenoble bereits die Schattenseiten dieser Privatisierung erlebte: Korruption, Misswirtschaft und überzogene Verbraucherpreise zwangen die Stadt zur Rücknahme der Wasserversorgung in die öffentliche Hand.

Auch das Tafelwasser in Plastikflaschen wird weltweit von den gleichen Global Playern der privatisierten Wasserversorgung vertrieben. Tendenz steigend. Wasser, das lebensnotwendige Menschheitserbe, wird von einigen wenigen undurchsichtigen Privatunternehmen kommerziell verteilt, obwohl es laut oberster EU-Wasserrahmenrichtlinie „keine normale Handelsware“ ist. Wasser, das Jahrhunderte alte Tiefenwasser aus unterirdischen Reservoirs - wertvoller als Öl - sprudelt unermesslichen Reichtum in die Kassen unkontrollierbarer Konzerne und unterspült somit unaufhörlich den sozialen Frieden vor Ort.

Da wird deutlich, warum es eine Sisyphusarbeit ist, eine ökologische, sozialverträgliche und volkswirtschaftliche Abwasserentsorgung mit der höchsten Betriebssicherheit durchzusetzen: Weil es eine mächtige Lobby gibt, gesteuert von cleveren Finanziers, Planern und Baukonzernen, die den Regierungen - egal welcher Farbe - zentralistische Konzepte aufzwingen und damit den einzelnen Bürger weiter entmachten, um ihn dauerhaft tributpflichtig zu machen. Möglich wurde das durch die dem „Beitrittsgebiet“ exDDR entgegen Grundgesetz und Einigungsvertrag übergestülpte Zwecksverbandsstruktur aus juristisch unbewältigten NS-Zeiten. Die Wirkungsweise einer solchen raffinierten Organisation beschrieb vor zwei Jahrhunderten der Ministerialbeamte Wolfgang v. Goethe:

*„Mißgestalt in Mißgestalten schaltet / Das Ungesetz gesetzlich überwaltet / Und eine Welt des Irrtums sich entfaltet.“* (Faust II)

### **... und eine Welt des Irrtums sich entfaltet**

Die Landesregierung behauptet vehement, die Abwasserentsorgung sei eine souveräne Entscheidung der Kommunen. Das kann nicht stimmen. Denn für den Austritt der kleinen Gemeinde Fresdorf aus dem überschuldeten Zweckverband Mittelgraben sind *die Gremien des Schuldenstabes beim MLUR mit einzubeziehen, da auch übernommene Verpflichtungen dieses Stabes* (von Fresdorf) *auszugleichen* wären. Sollte das wahr sein, dann ist das MLUR, d.h. die Regierung des Landes Brandenburg, Teil der Verhinderungsfront, um kleinen Gemeinden den Weg zu versperrern, in Zukunft ökologisch und ökonomisch zu wirtschaften. Bedenklich ist, dass trotz Ablehnungen von Fördermittelanträgen die ILB munter den Abwasserzweckverbänden schriftlich die Förderunschädlichkeit und die Ausreichung der Fördermittel übergreifend auf das nächste Jahr aus Mitteln des europäischen Fonds für regionale Entwicklung bestätigt und damit qualifizierte Beihilfe zum Ausplündern der verarmenden ländlichen Regionen leistet. Trotz mächtiger Stimulierung durch EU-Gelder behauptet die Landesregierung weiter gebetsmühlenartig: dies seien „alles Entscheidungen der Kommunen“. Wer bezahlt - hier die EU - muß zur Verantwortung gezogen werden!

Die EU sollte die öffentlich-rechtlich/privaten Zwitter-Organisationsformen der Abwasserzweckverbände kritisch betrachten. Die völlig überschuldeten Zweckverbände verschwinden nicht, wie sonst im Wirtschaftsleben durch Konkurs, sondern wirtschaften munter weiter und befallen quasi metastasenbildend gesunde kommunale und private "Zellen", um sie auszu-beuten. Das führte zu den im Bundesdurchschnitt vergleichsweise hohen "Gebühren" und Nachzahlungen, zu dem mit mehreren hundert Millionen Euro ausgestatteten "Schuldenmanagementfond" des Landes Brandenburg sowie zu fortgesetzten Übergriffen in die ohnedies sehr engen Haushalte der Kommunen und damit zur Schädigung der Demokratie vor Ort: Die Abwasserzweckverbände beschäftigen sich regelmäßig mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und fordern von ihnen die Einordnung der Summen ihrer Umlagebescheide in deren Nachtragshaushalte.

Da das Thema Abwasser ein "heisses Eisen" ist, halten sich Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt bei den Auseinandersetzungen möglichst zurück und loben stattdessen die Bürgerinitiativen als die *„entscheidende Kraft im erbittert geführten Kampf um dezentrale Abwassersysteme gegen den hinhaltenden Widerstand von Behörden und Ingenieurbüros“*.

(vgl. „Der Wassersektor in Deutschland - Methoden und Erfahrungen“, Okt. 2001)

## **Zukunftsprobleme zentraler Abwassersysteme**

Die Zahlen der Einwohner im ländlichen Raum sind rückläufig. Dieser Prozess wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Die Ver- und Entsorgungswirtschaft, die mit ihrer technischen Infrastruktur und ihren unersättlichen Gebührenforderungen auf höhere (wachsende) Einwohnerzahlen ausgelegt ist, steht vor erheblichen Herausforderungen bis hin zum programmierten Kollaps.

Obwohl der demografische Wandel sich bereits seit längerem abzeichnet, treten konkrete Folgen erst nach und nach zu Tage - aber dann um so heftiger. Eine in Dimension und Dynamik vergleichbare Entwicklung gab es in der jüngeren deutschen Siedlungsgeschichte nicht. Trotzdem sind Denken und Instrumentarium nach wie vor auf Wachstum programmiert.

Gegenwärtig stehen im Land Brandenburg erst ca. 150.000 Wohnungen leer. Leerstände vermindern die Einnahmen der Unternehmen, während gleichzeitig für leerstehende Wohnungen weiterhin Betriebskosten anfallen, Instandhaltungen zu tätigen und Kredite für Altschulden, z. T. auch für Modernisierungsdarlehen, zu bedienen sind. Obwohl für den Wohnungsleerstand in ländlichen Gemeinden keine genauen Angaben vorliegen, ist zu erwarten, dass Insolvenzen kommunaler oder genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen das Problem verschärfen, da nicht selten die Kommunen selbst Eigentümer der Wohnungsbestände sind, bzw. in vielen Fällen erhebliche Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen für die Wohnungsunternehmen übernommen haben. Aus diesen gewährten Sicherheiten können sie bei einer Insolvenz des Unternehmens entsprechend in Anspruch genommen werden. Eine solche Inanspruchnahme wird in vielen Fällen die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinden beeinträchtigen bzw. sogar grundsätzlich infrage stellen.

Seit dem Jahr 1989 gehen die Wasserverbrauchsmengen modernisierungs- und verhaltensbedingt zurück und haben zu Überkapazitäten in den Netzen und Anlagen geführt. Betreiber technischer Infrastruktursysteme stehen vor völlig neuen Situationen. 30% Wohnungsleerstand vermindert die Netzauslastung zusammen mit erfolgten Verbrauchseinsparungen um mehr als 50 %. Diese erhebliche Unterauslastung hat gravierende Folgen für deren zukünftige Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Eine vollständige Umlage der anfallenden direkten und indirekten Kosten der oben geschilderten Infrastrukturanpassung auf die Verbraucher ist unter moralischen, politischen und rechtlichen Aspekten kaum möglich; insbesondere die kommenden Kostensteigerungen durch Umlage der

Fixkosten auf die sich verringernde Zahl von immer leistungsschwächeren Abnehmern. Bei einem teilweisen Rückbau, bei dem das vorhandene Netz im wesentlichen erhalten bleibt, addieren sich durch den erheblichen Investitionsbedarf zu den direkten Kosten noch weitere indirekte Kosten hinzu.

Deshalb sollten versorgungswirtschaftlich vermeintlich "günstige" Lösungen nicht von den am Bargeld-Fluss Interessierten angestellt, sondern in aller Öffentlichkeit diskutiert werden von den Bürgern, die im Land bleiben wollen und schließlich später für alles gerade stehen müssen. Warum wacht das Problembewußtsein erst auf, wenn nichts mehr zu ändern ist?

Denn in den nächsten Jahren wird sich die Zahl der älteren und alten Menschen und damit deren Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich erhöhen. So werden im Jahre 2015 diejenigen, die älter als 64 sind, 48,8% der Gesamtbevölkerung stellen. Die Infrastruktur- und Dienstleistungsaufgaben müssen von einem sich zahlenmäßig verringernden Arbeitskräftepotential erbracht werden.

Der wachsende Anteil älterer Menschen ist vor allem in dünnbesiedelten strukturschwachen Regionen eine besondere Herausforderung, die mit der jetzigen innovationsresistenten Organisation der Infrastruktur nicht zu bewältigen ist. Ein Beispiel dafür ist der jetzt schon gravierende Landärztemangel. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer wachsenden Anzahl von Pflegebedürftigen zu rechnen. Bedingt durch den Wegzug von jüngeren Menschen, die Veränderung der Familienstrukturen und des Arbeitsmarktes mit seinen Mobilitätsanforderungen ist absehbar, dass das familiäre Hilfspotenzial künftig geringer wird. Aus diesem Grunde müssen Ansätze Vorrang haben, die älteren Menschen auch bei auftretenden Altersbeschwerden ein selbstständiges Leben durch ein abgestuftes System nachbarschaftlicher, gesellschaftlicher und minimaler staatlicher Hilfsangebote sichern. Staatliche Hilfestellung ist aufgrund leerer Kassen keine Frage mehr des "Ob", sondern nur noch des "Wie". Im Zweifelsfall ohne Geld, mittels vorausschauend unterstützendem Strukturwandel sowie Ausbremsen kontraproduktiver Tendenzen und Förderung von NGOs und Bürgerinitiativen.

### **Für zentrale Systeme ist Wassersparen unerwünscht**

Die rückläufige Nachfrage beim Trinkwasser führt zur Verringerung des Durchflusses in den Leitungen und zur Erhöhung der Verweilzeiten des Wassers im Netz. Beeinträchtigungen der Trinkwasserqualität und eine Gefahr der Wiederverkeimung sind möglich. Die sinkende Nachfrage führt zu Überkapazitäten bei den Leitungsnetzen, Wasseraufbereitungsanlagen und Wasserspeichern.

Beim Abwasser führen geringere Abflussmengen in überdimensionierten Leitungen zu Ablagerungs- und Verstopfungsneigung. Ablagerungs- und Faulprozesse führen zu Geruchsbelästigung und zur Korrosion von Rohrmaterialien. In vielen Fällen sind daher Rück- und Umbaukosten am Kanalnetz wie z. B. Neuverlegung, Einbau einer Druck- oder Vakuumkanalisation oder die Montage eines Halbprofils für eine Trockenwetterrinne unvermeidbar - alles "unvorhersehbare" zusätzliche Kosten. Trotz der Investitionen vermindern abnehmende Schmutzwassermengen die Leistungsfähigkeit bestehender, zunehmend überdimensionierter Kläranlagen und beeinträchtigen die Betriebsführung durch Schmutzstöße nach Regenereignissen und ggf. steigende Anteile an Fremdwasser, z.B. bei Hochwasser.

Deshalb müssen die Bürger für ihre Trinkwasser- und Abwasserentsorgung mit überproportional steigenden finanziellen Belastungen rechnen. Schon allein deshalb sind im ländlichen Bereich geplante abwassertechnische Erschließungsmaßnahmen ernsthaft zu überprüfen, um alternative, viel kostengünstigere Lösungen zu verwirklichen.

### **Heinersbrück, ein Beispiel für Missmanagement, gedeckt durch die Regierung des Landes Brandenburg**

Wer will, kann voraussehen, dass die Gemeinde Heinersbrück nach dem Ende der Tagebaue und dem Stilllegen des Kraftwerks Jänschwalde besonders unter dem gewaltigen Einwohnerrückgang leiden und finanziell weiter drastisch zurückfallen wird. Da Peitz heute schon wirtschaftliches Notstandsgebiet ist, ist es moralisch äußerst bedenklich, wenn der Abwasserzweckverband die kleine Gemeinde Heinersbrück durch eine 12 Kilometer lange Abwasserleitung mit der Kläranlage in Peitz verbinden will, und das angesichts der Tatsache, daß der Grundwasserabstand in Heinersbrück 60 Meter beträgt und Städte wie z.B. Mainz und Köln ihr Trinkwasser aus dem viel dünneren Ufersediment des Rheins beziehen. Wer, außer Nichtregierungsorganisationen mit engagierten Bürgern, stoppt diese gigantische organisatorische Fehlleistung, die den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommt?

### **Zwischen Bürgerwillen und politischem Versagen**

Für regional ansässige Firmen, Frank Hildebrand, Burg

Politisches Versagen, Vorteilnahme, fachliche Unfähigkeit, vielleicht gar Korruption, all das geht uns durch den Kopf, wenn wir die ökonomische, soziale und ökologische Situation unserer Lebensgrundlagen weltweit betrachten. Nur wenige kleine Projekte, Visionen und der unerbittliche Einsatz Einzelner oder von Gruppen entzünden das so notwendige Lichtlein

am Horizont, das den Ängstlichen, den immer Unentschlossenen und der mitschwimmenden Masse den Weg beleuchtet, aber auch die Illusion einer Welt vorgaukelt, die ja immer noch zu retten sei.

Unter diesen Voraussetzungen hat sich auch in Brandenburg eine Situation entwickeln können, die man allentorts ähnlich vorfindet, sobald man sich tiefer mit einzelnen Teilbereichen von gesellschaftlicher Relevanz befaßt. Die Probleme sind so vielfältig, dass kaum mehr beherrschbare Zustände beginnen, sich über das gesamte Land auszubreiten.

Eines dieser Probleme, das uns seit einem Jahrzehnt ungelöst und sich stetig verschärfend begleitet, ist die desaströse Schmutzwasserpolitik des Landes Brandenburg, aber auch der anderen neuen Bundesländer. Jeder Kriminalromanautor hätte hier genügend Stoff für seine Ausflüge in die schwärzesten Tiefen der menschlichen Seele.

Milliarden an Schulden; Kläranlagen, so gross, daß man eine weitere Stadt anschließen müßte, um sie auszulasten; Kanäle, viele Kilometer lang bis ins letzte 100-Seelendorf (entgegen aller EU-Richtlinien); Kredite mit Laufzeiten von 32 Jahren zur Finanzierung von Kanälen im ländlichen dünn besiedelten Raum; Bürgerproteste und -begehren ohne Hilfe der politisch Verantwortlichen; eine Justiz, die nicht mehr unabhängig agiert sondern politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme unterliegt ... Und auf der anderen Seite ein Förderprogramm für Kleinkläranlagen, das (und nun darf man es endlich laut sagen) zur Ruinierung von Firmen und besonders der dort beschäftigten Arbeitnehmer mißbraucht wird.

In Brandenburg geht man noch einen Schritt weiter in Sachen Reglementierung der Bürger. Mit einem Förderprogramm für diejenigen, die als Ziel einen Wechsel weg von der zentralen Erfassung des Schmutzwassers hin zu einer dezentralen Aufbereitung vor Ort und entstehungsnah postulieren, konnte man die Entwicklung ganz genau lenken und immer dafür sorgen, dass nicht zuviele Anlagen errichtet werden konnten. Sicher gab es auch Politiker, die ehrlichen Herzens an der Erarbeitung dieses Förderprogramms beteiligt. Doch die Grabenkämpfe in der großen Koalition, ja selbst in den einzelnen Parteien hatten zur Folge, dass die Ministerialbürokratie jede Chance nutzen konnte um den Willen des Parlamentes zu unterwandern. Unzählige Bekundungen, Beschlussvorlagen und Drucksachen sollten den politischen Willen weg von zentralen hin zu dezentralen Strukturen unterstreichen. Doch dies war nur ein Spielchen, inszeniert für die, die noch an politische Verantwortung und Führung glaubten. Im Hintergrund wurden längst die Fallseile gezogen. So wurde in den Jahren seines Bestehens das Förderprogramm mit den wenigen hier aufgewendeten Millionen,



immer wieder im Laufe eines Jahres unterbrochen. Die Folgen für die betroffenen Firmen sind hinlänglich bekannt. Entlassungen - wie nun auch wieder -, Zusammenbruch der Liquidität und ein fortwährender Überlebenskampf sind die Konsequenz einer solchen Politik. So wird dieses Förderprogramm gegen den dezentralen Weg der Schmutzwasserbehandlung wirksam.

Im Jahre 2003 werden 37 Mio. EURO Förderung des Landes Brandenburg für zentrale Klärprojekte plus ca. 30 Mio. EURO aus dem Schuldenmanagementfond für die Gestrauchelten unter den Zentralisten hingeschoben. Für eine Schmutzwasserbehandlung mit all den schon heute kaum mehr lösbaren Nebenfolgen. Dagegen stehen kümmerliche 1,5 Mio EURO Förderung für den dezentralen Weg. Erstaunlich, wie weit weg sich das Parlament von seinen eigenen Beschlüssen wiederfindet.

Doch es kommt noch schlimmer. Im letzten Jahr hatte es das verantwortliche Ministerium nun endlich geschafft, einen durch den Gesetzgeber vorgeschriebenen Variantenvergleich, wie er zur Alternativenfindung einer jeden Investition zwingend ist, erarbeiten zu lassen. Dieses peinliche Konstrukt erklärte dann allen Nutzern per Mausclick im Internet, dass der dezentrale Weg der Schmutzwasseraufbereitung so teuer sei, daß man in jedem Fall die Hände davon lassen sollte. Nach einer Anhörung im zuständigen Fachausschuss des Landtages musste dann dieser Variantenvergleich als unbrauchbar erklärt und zurückgezogen werden.

Jeder Fachmann, der mit dieser Materie vertraut ist, weiß sehr wohl, dass mit den heutigen Baustoffen und den zur Verfügung stehenden Technologien erstens höhere Reinigungsleistungen, zweitens kostengünstigere Lösungen und drittens ökologisch sinnvolle Kreisläufe des Wassers bei dezentraler Schmutzwasserbehandlungsverfahren im ländlichen Raum möglich sind.

Obwohl das hundertfach bewiesen und dies belegt ist, beharrt die Landesregierung auf ihrem Kurs der zentralen Schmutzwasserbehandlung, statt - der gesetzlichen Bestimmung folgend - dem Bürger die Verantwortung für dieses Bagatellproblem zu übertragen.

Die Schmutzwasserkrise im ländlichen Raum ist für die Verantwortlichen nur noch peinlich, für andere ein nicht endenwollender Geldsegen und für die betroffenen Bürger der Beweis des Scheiterns der Demokratie schlechthin. Einmal am Kanal immer am Kanal.

Einige Umweltprobleme entstehen bei der zentralen Klärtechnik dadurch, dass im Wasser Antibiotikaresten, Trughormone und Estrogene aus der

Antibabypille voll reaktionsfreudig in unsere Flüsse geleitet werden, um dann die offene See zu erreichen. Ein besseres System zur Ausbreitung von lebensgefährlichen Antibiotikaresistenzen und der Verweiblichung von Organismen und anderer Negativwirkungen hätte man nicht finden können. Statt das Wasser vor Ort entstehungsnah und kostengünstig aufzubereiten und vertikal durchströmte Bodenfilter bzw. gute technische Verfahren zu nutzen, bedroht die Landesregierung zudem auch noch einen gerade sich entwickelnden Markt, Arbeitsplätze und eine junge innovationsverbundene Technologie.

Wo sind die in der „Atlantisstudie“ 1994/95 versprochenen 5000 Arbeitsplätze für eine dezentrale Schmutzwasserreinigungskultur, die einst Matthias Platzeck, damaliger Umweltminister und heutiger Ministerpräsident, in Auftrag gab? Wo?

### **Statt teurer Zentralkanalisation: dezentrale Nutzwasseranlagen**

Ulrich Jochimsen, Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V., Potsdam

Längst gibt es in Fabriken produzierte dezentrale Nutzwasseranlagen für kleine Siedlungen, größere Wohnanlagen, Hotels, Bürohäuser etc. und Kläranlagen für 54 bis zu 200 Einwohnern mit hoher Reinigungsleistung in robuster Technik. Diese Kläranlagen wurden mit dem Ziel entwickelt, Trinkwasser zu sparen und das gereinigte Abwasser für die Bewässerung und den anfallenden Schlamm landwirtschaftlich zu nutzen. Ohne eine teure zentrale Kanalisation wird mit diesem System das Abwasser am Ort des Entstehens gereinigt und genutzt.

Die Kläranlage kommt steckerfertig zur Baustelle. Die leichten Kunststoffbehälter werden kostengünstig transportiert, es entfallen die schweren Baumaschinen auf der Baustelle. Die Wartungs- und Reparaturarbeiten sind einfach, da sämtliche Anlagenteile leicht nach oben herausnehmbar sind. Die Anlage ist mit einer Fernüberwachung versehen. Die Investitionskosten pro Einwohner liegen unter 500 Euro!

Dies ist allerdings kein Wunder, denn die Entwicklung dieser Kläranlage wurde vom Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert, dem Patenland Brandenburgs.

([www.kws-water.com](http://www.kws-water.com))

Solche Systeme wurden mir vor zehn Jahren in Japan gezeigt.

## **Elbehochwasser 2002**

Forstwirtschaftsmeister und Landwirt Ewald Müller. Groß Twülpstedt

Während des Hochwassers waren ständig starke Ausdünstungen von Fäkalien und/oder Kloake auf den Überschwemmungsflächen wahrnehmbar, denn eine große Zahl von Zentralkläranlagen wurde überflutet und ihre unhygienischen Frachten von Fließgewässern weit übers Land gespült. Das Wasser der Elbe wird aus den seitlich breiten Niederschlagsgebieten gespeist, deren natürliche Ablaufgeschwindigkeiten von Niederschlagswasser meistens über Fließgewässer III. und II. Ordnung reguliert werden. Diesen Fließgewässern werden in zunehmendem Maße die natürlichen Flutbremsen in Form von standortgerechten und gewässerreinigenden Vegetationen durch wiederholtes Räumen und Krautentzug entzogen. D.h. durch unqualifizierte kostenträchtige Entscheidungen werden die Fließgeschwindigkeiten von Gewässern aller Art ständig erhöht und damit verheerende Überflutungen gefördert. Ein weiteres Übel sind die steigenden Kanalisierungen aller Art mit punktuellen Einleitungen auch von Abwasser in Fließgewässer - den Lebensadern der Landschaft für uns alle.

Damit wird deutlich: Das bisherige punktuelle Einleiten von Abwasser, auch mit Straßen- und Reifenabrieb, über öffentliche Zentralkläranlagen - bisheriger Art - in Fließgewässer ländlicher Regionen, können Schädigungen des Allgemeinwohl's und der Volksgesundheit keinesfalls ausschließen, sondern fördern. Die von den Kommunen vorgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwänge müssen und können aufgegeben werden! Denn am 23.8.2002 wurde im Wasserhaushaltsgesetz / WHG der „bestmögliche Stand der Technik“ um die Begriffe: Vorsorge, Vorbeugung, Förderung der Rückgewinnung und Wiederverwertung ergänzt. Wer diesen „bestmöglichen Stand der Technik“ anwendet, der erzeugt weder Überflutungen noch Probleme mit kommunalem Abwasser und Klärschlamm.

### **Drachhausen im Würgegriff „seines“ Zweckverbandes**

Maik Anton, Bürgerinitiative Drachhausen

Die Bürger der Gemeinde Drachhausen sind gegen den Anschlusszwang an das zentrale Abwassernetz. Die Gemeinde teilt sich geographisch in drei Ortsteile. Zwei der ausgegliederten Häuseransammlungen sind durch Sonderregelungen des Trink- und Abwasserverbandes vom Anschlußzwang befreit und dürfen ihr Abwasser dezentral entsorgen. Der Ortskern von Drachhausen soll zentral angeschlossen werden. Der Trink- und Abwasserzweckverband „Hammerstrom-Malxe“ erklärte, dass Drachhausen

das teuerste noch zu bauende Abwassernetz sei. Dazu sollen Fördergelder des Landes oder der Europäischen Union in Anspruch genommen werden.

Die Bürger der Gemeinde haben sich in einer Umfrage zu 79 % für die dezentrale Lösung entschieden. Der Trink- und Abwasserverband plant weiterhin einen zentralen Anschluss und beruft sich auf die wirtschaftlichste Lösung. Die ausführende Stelle des letzten, nicht mehr gültigen, Variantenvergleiches, in Person eines Professors der BTU-Cottbus, ist in den Aufsichtsrat des Trink- und Abwasserverbandes gewählt worden. Werden die Varianten schön gerechnet, um die beste Lösung für den Verband zu bekommen? Im genannten nicht mehr gültigen Variantenvergleich wurden die Kosten für dezentrale Anlagen viel zu hoch angesetzt, um das geplante Vorhaben mit aller Konsequenz durchsetzen zu können.

Nach einem Protest unsererseits ist der Trink- und Abwasserverband nun bereit, eine neuerliche Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzuführen. Diese wirtschaftlich beste Lösung dient als Antrag für Fördergelder durch die Vergabestelle des Bundes. In einem Schreiben des Ministeriums für Umweltschutz wurde uns mitgeteilt:

*„Die Landesregierung kann nur eine Entscheidung treffen, ob sie ein bestimmtes, im Förderantrag bezeichnetes Vorhaben finanziell unterstützen will oder nicht. Es ist ihr nicht möglich, entgegen dem erklärten Willen des Antragstellers ein Vorhaben zu ändern, also mithin eine Entscheidung zu fällen, nicht das beantragte, sondern ein anderes Vorhaben zu fördern.“*

Das bedeutet für uns, dass eine Prüfung der Seriosität der Variantenvergleiche nicht stattfindet! Wo bleibt die Transparenz bei der Vergabe der Fördergelder? Einer Verschwendung von Geldern des Bundes wird Tür und Tor geöffnet! Unser Beispiel zeigt, dass es den Verbänden nur darauf ankommt, so viel Anschlusszwänge durchzusetzen wie es nur irgendwie geht. Diese Zwänge werden durch das Land finanziert, und der Bürger bezahlt die Rechnung für ein Produkt, das er nicht bestellt hat und gar nicht haben will. Für unsere Gemeinde gibt es nur eine kosten- und wirtschaftlich optimale Lösung, und diese ist mit 79%iger Sicherheit die dezentrale Lösung. Kostenrechnungen durch beauftragte mittelständische Unternehmen belegen dies, werden jedoch nicht berücksichtigt. Das demokratische Mitbestimmungsrecht wird mit Füßen getreten, und die Existenzangst der Bürger wächst!

**Wir wollen Bürgernähe gelebt und nicht nur gepredigt wissen. Drachhausen braucht Wasser, und wir wollen, dass unser Schmutzwasser bei uns bleibt. Helfen Sie uns dabei!**

## **Auszug aus dem Memorandum ländliche Abwasserlösungen**

Ingenieurökologische Vereinigung IÖV e.V., Frohsinnstr. 11, 86150 Augsburg

Im ländlichen Raum wirken sich besonders die teuren innovationshemmenden Transportleitungen aus, die über dadurch verursachte hohe Beiträge und Gebühren die Benachteiligung dieser Gebiete verstärken. Dabei wird das Missverhältnis von Kosten und Risiken zwischen Abwassertransport und Abwasserklärung umso größer, je weitläufiger die Besiedlung ist. Während heute bei der zentralen Behandlung unvermeidbare Restsubstanzen die Gewässer verunreinigen, wird es zukünftig notwendig, die Wertstoffe für die Landwirtschaft im energetisch optimalen, kleinen Kreislauf zu erhalten. Alternativen existieren: Es sind dies insbesondere getrenntes Stoffstrommanagement, geschlossene Wasserkreisläufe, Biogasanlagen und Bodenfiltrationsverfahren sowie verbesserte Hauskläranlagen. Die genannten Lösungsansätze wurden bisher auf verschiedene Weise behindert. Die Schwierigkeiten liegen dabei auf rechtlichem, bürokratischem, organisatorischem und finanztechnischem Gebiet. Ein umfassender Kosten-Nutzen-Vergleich des Gesamtsystems bei verschiedenen Lösungsansätzen findet bisher nicht statt. Um nachhaltige, zukunftsfähige, innovative Lösungen für Wasser und Abwasser im ländlichen Raum zu erreichen, sind nachfolgende Punkte umzusetzen:

- **Gleichstellung von dezentralen und zentralen Lösungen:**

Anwesen mit bestehenden dezentralen und gut funktionierenden Kleinkläranlagen mit biologischer Nachreinigung sollen nicht mehr an einen zukünftigen Kanal mit zentraler Kläranlage angeschlossen werden müssen (Befreiung vom Anschluss- und Benutzerzwang). Es ist darauf zu achten, daß Bürger nicht unnötigerweise – nur um vermeintliches Gemeinwohl in Form zu teurer Gemeinschaftsanlagen zu finanzieren – mit Kosten belastet werden.

- **Wiederverwendung von Stoffen und Wasser:**

Die im Europäischen und Bundes-Wasserrecht und im Kreislaufwirtschaftsgesetz geforderte Prioritätenfolge: Vermeiden - Wiederverwerten - Entsorgen muss auch in der Wasserwirtschaft umgesetzt werden. Gereinigtes Abwasser soll wiederverwendet werden, z. B. als Löschwasser. Eine Nicht-Wiederverwendung muß begründet werden.

- **Umfassender Kosten-Nutzen-Vergleich der Gesamtlösung:**

Zwingend zu berücksichtigen sind bei einem umfassenden Kosten-Nutzen-Vergleich zukünftig: Nachhaltigkeit, Flexibilität und Innovationsfähigkeit, Umweltbeeinträchtigung durch Transportleitungen, Nährstoff- und Wasserwiederverwendung und umfassend verstandenes Qualitätsmanagement und Benchmarking.

**Die zunehmend geforderte Kostenvergleichsrechnung nach LAWA ist für einen Vergleich dezentral-zentral voraussetzungsgemäß nicht zulässig, weil keine Nutzungsgleichheit gegeben ist!**

- **Einbindung der Landwirtschaft:**  
Bei den Lösungen im ländlichen Raum kommt der Landwirtschaft zukünftig eine noch gesteigerte Bedeutung mit teilweise völlig neuen Arbeitsfeldern zu. Dabei wird sich der Landwirt stärker zum stoff- und energiewirtschaftlichen Ressourcen-Bewirtschafter der Flächen (Land, Wald, Wasser, Flurverkehr) entwickeln. Die Landwirtschaft ist dabei entscheidend an der nachhaltigen Gestaltung der Wasserkreisläufe beteiligt, an der günstigen Beeinflussung des Klimas und an der Verhinderung von Hochwasserkatastrophen.  
Neue multifunktionale Land-Nutzungssysteme werden verschiedene Nutzungen synergistisch zusammenführen, bei dem Belange von Regionalentwicklung, Wasserwirtschaft, Erholung, Naturschutz für alle Belange gleichermaßen günstig gelöst sind. Mit dieser Art des Vorgehens werden gleichzeitig neue Arbeitsfelder geschaffen und der Entvölkerung des Landes entgegengewirkt.
- **Verhältnismäßigkeit und Nachhaltigkeit:**  
Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) fordert gemäß Art. 5 (1) im Rahmen der Beschreibung der Flussgebietseinheit die Durchführung einer wirtschaftlichen Analyse der Wassernutzungen bis 2004. Dabei ist nach Art. 9 der Nachweis der Deckung der Kosten für Wasserdienstleistungen zu führen und eine Auswahl der kosteneffizientesten Maßnahmenkombination zur Verwirklichung der Ziele zu treffen.
- **Planmäßige Ermöglichung von Eigenleistungen:**  
Speziell im ländlichen Raum sollen Lösungen auch danach ausgewählt werden, daß sie Eigenleistungen weitgehend ermöglichen.
- **Umfassender Einbezug aller Beteiligten und der Öffentlichkeit:**  
Es ist sicherzustellen, dass Bürgermeister und Gemeinderäte wahrheitsgetreu und umfassend über die Möglichkeiten der Abwasserentsorgung, Kosten und Folgen informiert werden, wobei die Wiederverwertung des gereinigten Abwassers und die Wasserrückhaltung im Vordergrund steht (Biotope, Brauchwasser, Fisch- und Löschweiler). Die Lösungen müssen analog den AGENDA-Prozessen und der Mitwirkung bei den Dorferneuerungsverfahren unter Ermöglichung der Bürgermitwirkung und unter Einbezug der Bürger und aller Beteiligten von Anfang an gemeinsam entwickelt und später durchgeführt werden.
- **Abbau bürokratischer Hemmnisse:**  
Die Abgeordneten werden gebeten, sich über den Erfolg der Umsetzung berichten zu lassen, die Umsetzung von Landtagsbeschlüssen zu kontrollieren und dadurch zu verhindern, daß diese durch Beschlüsse anderer Gremien unterlaufen werden. Sie sollen **dafür Sorge tragen, daß dezentrale und naturnahe Abwasserreinigungsmethoden nicht durch immer mehr Auflagen, Gutachter- u. Sachverständigen-Tätigkeiten und Kontrollen verteuert werden und damit die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu Gunsten konventioneller Lösungen schwindet.**

## Eine ehrenwerte Gesellschaft

Schlussbemerkungen aus: Mathew D. Rose, „Eine ehrenwerte Gesellschaft / Die Bankgesellschaft Berlin“, Transit Buchverlag Berlin 2003, ISBN 3-88747-179-2

Für das Land Berlin wird die Politik der letzten Jahrzehnte verheerende Auswirkungen haben. Es geht um Hunderttausende von Existenzen. Dabei geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um die Lebensqualität der Stadt. Man wird es in der Bildung, im Sozialbereich, in der Kultur, beim öffentlichen Verkehr und bis in jeden Winkel des alltäglichen Lebens spüren. Diese Metropole befindet sich wirtschaftlich im freien Fall mit all den dazugehörigen Konsequenzen. Dadurch werden die gesellschaftlichen Strukturen Berlins wie eine Strickdecke aufgeribbelt. Zurückbleiben wird ein kulturloses Armenhaus.

Am Schluss wird die Hauptstadt die gleichen Kennzeichen haben wie die anderen Städte der neuen Bundesländer: Bevölkerungsabwanderung, Überalterung und ein Verkommen der Stadt. In Berlin wird man keine Zukunft finden, nur Schulden.

Die Klüngelpolitik Berlins ist wahrlich nicht einzigartig in Deutschland. Es gibt sie überall in der Bundesrepublik. Jahrelang hat die deutsche Oligarchie wie die Made im Speck gelebt. Doch die Maden sind über Jahrzehnte größer und fetter geworden - der Speck hingegen weniger. Das Boot Deutschland liegt so tief im Wasser, nicht weil es zu voll ist, sondern weil die notwendigen Investitionen, Reparaturen und die Instandsetzung zu lange vernachlässigt wurden, wodurch es heute an unzähligen Stellen leckt - und nicht erst seit der Schröderdämmerung.

Überall in Deutschland findet man Verkrustung - in der Politik, der Wirtschaft, der Justiz, der Kultur, den Medien. Man braucht nur die Augen aufzumachen, um den Zustand zu erkennen. Die einzigen, die Interesse daran haben, diese zum sicheren Niedergang verurteilten Strukturen aufrechtzuerhalten, sind die Profiteure - und sie werden immer gieriger.

Die Deutschen klammern sich an ihre verkrusteten Dogmen. Sie glauben immer noch daran, daß eine christlich demokratische Partei christlich und demokratisch, - dass eine sozialdemokratische Partei sozial und demokratisch sei. Sie meinen, Gewerkschaften vertreten die Rechte der Arbeitnehmer, merken aber nicht, dass sie heute die Vorteile ihrer privilegierten Mitglieder gegen allen anderen durch-

setzen. Sie sind überzeugt, dass öffentliche Betriebe in ihrem Interesse handeln und registrieren nicht, daß die meisten durch und durch korrumpiert sind und ihnen horrenden Schaden zufügen.

Gore Vidal hat über die Vereinigten Staaten gesagt: »Wir haben nur eine Partei mit zwei rechten Flügeln.« Diese Einschätzung ist auf die Bundesrepublik übertragbar. In Deutschland herrscht eine Partei mit vier rechten Flügeln und einer fünften Partei, die gern dazu gehören möchte - was sie allen am 9. April 2002 in Berlin bei der Abstimmung über die Risikoabschirmung der Bankgesellschaft bewies. Und der Bundestag fungiert eher als Kulisse für eine Fernseh-Soap namens »Deutsche Demokratie« oder als Casting-Bühne für die vielen Talkshows, die händeringend nach neuen Gesichtern suchen - und doch immer nur dieselben auf den Laufsteg schicken.

Der Niedergang der Bankgesellschaft ist für die Bundesrepublik eine Offenbarung. Deswegen hat die deutsche Macht- und Geldelite so viel Interesse daran, daß der Niedergang dieses Geldinstituts niemals wirklich aufgeklärt wird.

Der holländische Humanist Erasmus von Rotterdam hatte schon um 1500 das Problem erkannt - und trotz fünfhundert Jahren Erfahrung und eines neuen Milleniums sind wir heute nicht ein kleines bißchen weiter: »Stiehlt einer ein Geldstück, dann hängt man ihn. Wer öffentliche Gelder unterschlägt, wer durch Monopole, Wucher und tausenderlei Machenschaften und Betrügereien noch so viel zusammenstiehlt, wird unter die vornehmen Leute gerechnet.«

---

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge sind von: Ulrich Jochimsen, 1. Sprecher des Vorstandes der Grundtvig-Stiftung e.V. für bürgerbewegte politische Bildung, Potsdam

---

Diese Schrift „(Ab)Wasser, denk mal“ kann bezogen werden über:

Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.,  
Haus der Natur, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam

durch Übersendung eines Freiumschlages mit Rücksende-Anschrift, frankiert mit 1,44 Euro sowie einer Schutzgebühr von 1,10 Euro in Briefmarken.

Schutzgebühr 1 Euro